

Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Pankow, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „belletristischen Beilage“ vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Fünfunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Corpusspalte 10 Pfg. Geringerer Inseratenbetrag 25 Pfg.

Hierdurch wird wiederholt darauf hingewiesen, daß **Schulkindern** und **Fortbildungsschülern** der Besuch von öffentlichen **Tanzlocalitäten** und von solchen **Schaufstellungen**, welche die sittliche Reinheit gefährden, durchaus nicht gestattet ist und daß **Schulkinder** **Schanfstätten** anders nicht als in Begleitung erwachsener Personen besuchen dürfen. Contraventionen hingegen werden an den Inhabern von dergleichen Localitäten und Schanfstätten, beziehentlich an den Eltern, Vormündern, Lehrmeistern der betreffenden Schulkinder und Fortbildungsschüler mit Geldstrafen bis zu 60 Mark beziehentlich verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet.

Stadtrath Bischofswerda, den 11. Mai 1880.

Sing.

Wegen Reinigung der Localitäten des Rathhauses werden künftigen Donnerstag und Freitag, den 13. und 14. d. M., nur bringende Angelegenheiten und zwar Vormittags von 11—12 und Nachmittags von 5—6 Uhr expedirt.

Stadtrath Bischofswerda, am 11. Mai 1880.

Sing.

Ertheilungshalber soll die zum Nachlasse des Häuslers Friedrich August Bschiedrich Weiland zu Rammenau-Röderbrunn gehörige Häuslernahrung Folium 13 des Grund- und Hypothekenbuches für Röderbrunn

am 15. Mai 1880, Vormittags 11 Uhr,

in der Hocke'schen Gastwirthschaft zu Röderbrunn gegen das Meistgebot öffentlich versteigert werden, was unter Bezugnahme auf die am hiesigen Gerichtsbrett sowie auf die in dem Erbgericht zu Rammenau aushängenden Subhastationsbedingungen und die Grundstücksbeschreibung hiermit bekannt gemacht wird.

Bischofswerda, den 27. April 1880.

Königliches Amtsgericht.
Manitius.

Schl.

Donnerstag, den 13. Mai 1880, von Nachmittags 1 Uhr an,

Sollen beim Gemeindevorstand Herrn Gnaud in Neu-Schmölln eine Partie Kleider, Wäsche und Gläser, ein Hund, ein Blechfen, sowie sonstiges Hausgeräth meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden, was andurch bekannt gemacht wird.

Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 7. Mai 1880.

Der Gerichtsvollzieher.
Appolt.

Die **Stuten-** und **Fohlenmusterung** findet in diesem Jahr statt:

- in Obbau am 22. Juni früh 9 Uhr ohne)
- Pankow - 22. - Nachm. 4 - ohne) Prämierung ein- und zweijähriger Fohlen.
- Pankowitz - 23. - - 1 - ohne)

Das Fohlenbrennen findet unmittelbar nach der Musterung statt.

Das Königliche Landstallamt Moritzburg.
S. Graf zu Rünster.

Politische Weltschau.

Der deutsche Reichstag hat seine dringendsten Arbeiten vollendet und ist deshalb am 10. Mai nach Hause geschickt worden, damit er nicht vom preussischen Landtage auf die Füße getreten wird. Gleich nach dem Pfingstfest, am Donnerstag, den 20. d. Mts., tritt das Abgeordnetenhaus zusammen, nicht zu dem ursprünglichen Zweck, die innere Landesorganisation zu vollenden, sondern um den Kulturkampf zu beenden. Die Vorlage, welche die Staatsregierung ermächtigen soll, die Malgeseze zu suspendiren, wird dem nächsten Landtag vorgelegt und den Hauptgegenstand seiner Thätigkeit bilden. Die Garantie dafür hat kein Geringerer, als der Graf Bismarck übernommen. Aus den Reichstagsverhandlungen der vergangenen Woche heben wir besonders hervor, daß das Socialistengesetz auf eine weitere Reihe von Jahren bewilligt wurde. Die ablehnende Minorität war eine noch geringere, als bei der ersten Vorlesung des Gesetzes; diesmal stimmten 191 Stimmen für, 94 gegen das Gesetz, damals 221 Stimmen dafür, 149 dagegen, die Majorität bestand aus den beiden conservativen Fractionen und den National-Liberalen, die alle drei vollständig geschlossen abstimmten, und den Mitgliedern der liberalen Gruppen; dazu hatten sich noch 14 Mitglieder des Centrums von ihrer Partei getrennt und sich der Mehrheit angeschlossen. Von Abgeordneten, die das erste Mal für die Vorlage gestimmt haben, hat einzig und allein Basker diesmal gegen das Gesetz gestimmt. Die bemerkenswertheste Episode dieser Abstimmung ist der Uebergang eines immerhin beträchtlichen, und wenn auch nicht aus den ersten Parteiführern, so doch aus angesehenen Mitgliedern der Fraction bestehenden Theiles des Centrums zur Majorität. In wie fern es den Herren gelungen ist, den Widerspruch zwischen ihrer Forderung und der gestrigen Abstimmung zu überwinden, wollen wir dahin gestellt sein lassen, wollen wir dahin gestellt sein lassen, daß nicht wenigstens ein Theil an

der Herbeiführung der besseren Einsicht auf die allgemeine politische Situation zurück zu führen haben. Das Centrum hat bei den entscheidenden Vorlagen der Session seine Mitwirkung verweigert; die berühmte conservativ-ultramontane Majorität kam außer der Präsidentenwahl nur bei den Angriffen auf die Gewerbeordnung zum Ausdruck: nicht einmal mehr bei den Steuervorlagen hielt sie noch vor. Es ist wohl begreiflich, daß eine Anzahl gemäßigterer Centrumsmitglieder aus allgemein politischen Gründen es lieber gesehen hätten, wenn die Partei auf eine wichtige positive Leistung hätte hinweisen können; das Vertrauen auf die Unterstützung des Centrums kann durch den Verlauf der Reichstagsession unmöglich gestiegen sein. Der Entschluß der Zustimmung zu der Prolongation des Gesetzes mußte notwendig leichter sein als der Entschluß der Zustimmung zum ersten Erlaß des Gesetzes. Bei der heutigen, noch so wenig beruhigten Situation kann doch unter besonnenen Männern ernstlich nicht die Rede davon sein, einer erst seit zwei Jahren unterdrückten Agitation jetzt plötzlich die volle Freiheit zurückzugeben und wir meinen, viele der das Gesetz Ablehnenden hätten sich die Sache wohl noch einmal reiflich überlegt, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie ihr verneinendes Botum ohne Schaden abgeben könnten. Im Ganzen hat die Verhandlung über die Prolongation des Socialistengesetzes zu einem so befriedigenden Abschluß geführt, wie es bei einem an und für sich ja so unerfreulichen Gegenstand möglich ist. In Hamburg sah es vorige Woche ganz so aus, als wäre ein Dacht in den Karpfenteich gesetzt worden. Und das Alles hat mit seiner Vorlage über den Zollanschluß von St. Pauli der Reichscanzler gethan. Altona und St. Pauli sollen in den Zollverband aufgenommen werden; St. Pauli, ohne daß der Hamburger Senat seine Zustimmung gegeben hat und nur aus dem Grunde, um durch den Anschluß dieses wichtigen Theiles der Hansestadt einen sensus Dandi auf den Senat anzubringen, damit dieser den Anschluß der ganzen Stadt bewirke.

Das aber war den Hamburgern doch zu viel. In einer Versammlung der Kaufmannschaft bekam Bismarck Dinge zu hören, welche in Berlin einen vierwöchentlichen Sommeraufenthalt am Pflanzsee zur Folge haben würden. In den österreichischen Landen will sich noch immer kein Messias finden, der das Cabinet Laaffe von seinem unglücklichen Siechthum erlöste. Die Mehrheit im Reichsrathe ist leider eine so unbedeutende, daß eigentlich keine Partei darauf Anspruch machen kann, die Bildung des neuen Cabinetes zu übernehmen. Das einzige Mittel, aus diesem Zustande des Hangens und Bangens herauszukommen, wäre die Auflösung des Reichsraths. Die Regierung würde es vielleicht thun, wäre sie irgendwie des Erfolges sicher. Neuerdings veranlaßte die Verordnung wegen Gleichberechtigung der deutschen und tschechischen Sprache in Böhmen große Mißstimmung. Selbst das stets mit dem Grafen Laaffe in Verbindung stehende „Fremdenblatt“ wagt sein Bedenken dagegen zu äußern, indem es schreibt: „Das Deutsche und Tschechische sind keine gleichberechtigten Sprachen und können zu solchen auch nicht durch Parlamentsbeschlüsse declarirt werden. Die Superiorität des Deutschen über die andere Landessprache ist eine so erdrückende, daß, wer hier eine Gleichberechtigung anstreben und durchführen wollte, mit den Thatsachen in den grellsten Conflict käme. In den deutschen Gebieten von Böhmen das Deutsche mit dem Tschechischen gleichberechtigt zu machen, ist eine unlösliche Aufgabe und könnte in seinem letzten Resultate dahin führen, daß auch die hier wirkenden deutschen Beamten das tschechische Idiom sich aneignen oder auf die Theilnahme an dem Reichsrath verzichten müßten.“ Das alles liegt wie in einem Organe, welches dem Grafen Laaffe unbedingt anhänglich ist. In Italien wird die Resonanz der Presse, der nicht ministeriellen Presse sehr verschieden beurtheilt. Die Rechte tadelt die Regierung, während die linken Radikalen, die dem von Bismarck